

Allgemeiner Oberschlesischer Anzeiger.

46^{ter}
Jahrgang.



N^o 37.

1848.

Ratibor, Mittwoch den 10. Mai.

Bekanntmachung.

Obgleich wir unterm 24. c. März zum Beiztritt bei der hiesigen Bürgerwehr öffentlich aufgefordert, haben sich dennoch bis jetzt nur ein geringer Theil der hiesigen Schutzverwandten theiligt; wir ersuchen Letztere daher nochmals zum Beiztritt, den sie bei dem Oberführer Herrn Dr. Polko anmelden wollen.

Ratibor den 5. Mai 1848.

Der Magistrat.

Ritter und Bauern.

Es ist eine betrübende Erscheinung, daß die Freiheit, die über unser Vaterland aufgegangen, von so vielen unserer Mitbürger ganz falsch aufgefaßt wird, indem sie vermeinen, Freiheit sei das Recht Alles zu thun oder zu unterlassen, wozu Jemandem gerade die Lust ankommt. Entgegenstehende Rechte werden mißachtet und dabei nicht überlegt, daß, wenn Jeder nach diesen Grundfäden handeln wollte, die Folge davon das Aufhören jeder gesellschaftlichen Ordnung, das Zusammenbrechen jeder staatlichen Verfassung, die Unmöglichkeit eines Staats überhaupt sein müßte. Diese Erscheinung bieten fast alle deutschen Länder in den Statt gefundenen Bauernunruhen. Statt den Weg des Gesetzes einzuhalten oder in gesetzlicher Weise eine billige Ablösung der den Grundbesitz drückenden Lasten, bei fester Haltung und festem zusammenhalten anzubahnen, hält man für nöthig, sich durch gewaltthätigen Umsturz des Bestehenden, durch ange-

wandten Zwang, durch Raub, Plünderung und Zerstörung zu helfen, ohne zu bedenken, daß, wenn dieser Weg einmal betreten, ein Verlassen desselben und ein Einlenken zur Besonnenheit und zur gesetzlichen Ordnung mit Schwierigkeit verbunden ist, ja vielleicht zu einem Ziele führt, an das Diejenigen, welche die Bewegung hervorgerufen, gar nicht gedacht, das sie am wenigsten gewünscht haben.

Auf der anderen Seite ist es eben so betrübend, daß die meisten der Berechtigten, gegen welche sich die Wuth der Bauern oder der Verpflichteten überhaupt in Gewaltthätigkeiten äußert, besseren Zuständen sich beharrlich entgegenstemmen, von ihren durch Herkommen und Verjährung begründeten (geheiligten?) Rechten nicht ablassen wollen und nichts thun, um den Gewaltthätigkeiten vorzubeugen und sich durch freundschaftliches Entgegenkommen die Herzen und die Liebe ihrer sogenannten Unterthanen zu gewinnen. Wie viele Herrschafts- und Rittergutsbesitzer haben wir in Deutschland, welche durch den Erlaß aller den Grundbesitz drückenden Lasten einen so geringen Verlust erleiden, daß sie denselben gar nicht empfinden, ihren Haushalt nicht im Geringsten einzuschränken brauchen und nach wie vor ihre bisherige Stellung einnehmen können. Diese mögen sich durch die Umstände nicht bloß, sondern durch die Pflicht — zwar nicht die Rechtspflicht, da und so lange kein zwingendes Gesetz vorhanden ist — wohl aber die sittliche Pflicht, aufgefordert fühlen, das so viele Jahrhunderte als Recht bestandene Unrecht wegzuräumen. Sie mögen erklären, daß die Grundlasten erlassen seien, daß sie den Grundbesitz ihrer sogenannten Unterthanen aller unnatürlichen Burden entheben, daß sie neben diesen als ihren Brüdern nur als gro-